

Behörden Spiegel newsletter

Netzwerk Sicherheit

BOS-Führer

Deutschland 2010/2011
Handbuch Innere Sicherheit
Über 1.500 Namen
und Adressen

NEU

Erscheint im April!

Nr. 258 / Berlin und Bonn

Sondernewsletter Polizeitage 2010

16. März 2010

ISSN 1867-2000

Facetten der Gewalt

(BS) Die erste Veranstaltung der neuen Reihe Polizeitage, die sich mit den verschiedenen Facetten der Gewalt beschäftigt und von der GdP in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Behörden Spiegel organisiert wird, fand in Hamburg statt, einer Zwei-Millionen-Metropole, in der Gewalt gegen Polizeibeamte am 1. Mai im Schanzenviertel, bei manchen Fußballspielen und an jedem Wochenende auf der Partymeile Reeperbahn zur traurigen Realität gehörten. Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg stellte denn zu Beginn der Veranstaltungsreihe den Zusammenhang zwischen Gewalt sowie gesellschafts- und sozialpolitischen Veränderungen her. Gewalt habe nicht nur ihre Ursachen in der Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen für weite Teile der Bevölkerung, sondern sie treffe auch auf eine durch Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Polizei schwierige Situation. Die Dramatik der Gewalt besonders gegen Polizeibeamte und -beamtinnen habe erschreckende Ausmaße angenommen, leider habe sich allerdings die Politik insgesamt diesem Thema in noch nicht umfassendem Maße gestellt. In der Vergangenheit habe es einige Situationen, so auch in Hamburg, gegeben, wo man von Mordversuchen an Polizeibeamten sprechen muss, so Freiberg. Wirke man dieser neuen Dimension der Gewalt gegen Polizisten nicht entgegen, werde sich die Gewaltspirale weiterdrehen.

R. Uwe Proll

Jetzt hier anmelden!

Die nächsten Polizeitage finden am **8. Juni 2010 in München** zum Thema "Gewalt - eine zunehmende Herausforderung für Politik, Polizei und Gesellschaft" statt.

www.polizeitage.de

Ein Signal in die Gesellschaft geben

(BS) Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus eröffnete die Polizeitage in Hamburg zum Thema "Gewalt - eine zunehmende Herausforderung für Politik, Polizei und Gesellschaft". Mit dem Behörden Spiegel sprach der Innensenator über den Dreiklang dieses Themas: Gesellschaft, Politik und Polizei.

Behörden Spiegel: Wird es, im Hinblick auf die Gewalt am 1. Mai, in Hamburg ein Bundesligaspiel geben?

Ahlhaus: Wir führen momentan Gespräche mit den verschiedenen Organisationen des deutschen Fußballs. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier eine Entzerrung vornehmen können, die auch dem Anspruch an polizeiliche Arbeit gerecht wird.

Behörden Spiegel: Sie haben gesagt, dass bei der Bekämpfung von Gewalt die Prävention bedeutend ist. Wie kann die Politik gerade bei Fußballspielen, bei denen Gewaltausschreitungen zu erwarten sind, mehr Prävention realisieren, als dies bisher möglich war?

Ahlhaus: Schon jetzt leisten die Beteiligten gute Arbeit im Bereich der Prävention. Ich erinnere nur an die DFB-Kampagne "Wir gegen Gewalt" und die hervorragende Arbeit szenekundiger Polizeibeamter. Auch gibt es bereits zahlreiche Fanprojekte der Vereine. Diese müssen unterstützt und ausgebaut werden. Mein Wunsch ist, dass wir zusammen mit allen Beteiligten ein Maßnahmenpaket aus Prävention und Repression schnüren.

Die meist jugendlichen und alkoholisierten Täter müssen wissen, dass sie bestraft werden, wenn sie den Fußball für ihre Gewaltausbrüche missbrauchen.

Behörden Spiegel: Aufgrund der Ereignisse des 1. Mai in Berlin und im Hamburger Schanzenviertel haben Sie mit Ihrem Kollegen, Innensenator Dr. Ehrhart Körting in Berlin, ein Gespräch und auch eine Vereinbarung getroffen. Was beinhaltet diese konkret und was bedeutet das für Ihre beiden Städte?



Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus betonte den Dreiklang des Themas Gewalt: Gesellschaft, Politik und Polizei.

Alle Fotos:BS/Einhaus

Ahlhaus: Hamburg und Berlin, die beiden größten Städte in Deutschland, haben in den vergangenen Jahren ähnliche Erfahrungen mit der zunehmenden Gewalt von Links und Rechts gemacht. Da ist es sinnvoll, dass man sich austauscht, dass die Fachleute voneinander lernen. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Ich bin sehr froh, dass das gemeinsame Ziel, die Gewalt im Allgemeinen und gegen die Polizei im Besonderen erfolgreich einzudämmen, nicht an parteipolitischen Grenzen halt macht.

Behörden Spiegel: Was kann die Innenministerkonferenz in Zukunft dazu beitragen, Gewalt einzudämmen?

Ahlhaus: Das Wichtigste ist, dass die Politik ein klares Signal in die Gesellschaft aussendet. Wir brauchen mehr Solidarität mit denjenigen, die tagtäglich ihren Kopf für die Menschen in unserem Land hinhalten müssen. Unsere Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte brauchen die uneingeschränkte Unterstützung aller demokratischen Gruppen in Deutschland. Dafür müssen die Innenminister von Bund und Ländern gemeinsam eintreten. Nur mit einem Mix aus Prävention, Überzeugungsarbeit und härteren Strafen kann es gelingen, diesen besorgniserregenden Trend zu stoppen.

"Das Ziel war es bereits mehrfach, Polizisten zu töten"

(BS) Seit den Mai-Krawallen des vergangenen Jahres ist die zunehmende, und zunehmend brutaler werdende Gewalt gegen Polizeibeamte im Zentrum der politischen und polizeilichen Diskussion in Deutschland. Der Behörden Spiegel sprach mit Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) über dieses gesamtgesellschaftliche Problem.

Behörden Spiegel: Was ist gegen die um sich greifende Gewalt in der Gesellschaft zu tun?

Freiberg: Es würde jetzt hier zu weit führen, all das zu erwähnen, was sich gesellschaftlich ändern muss. Betrachtet man nur die Polizei, so müssen wir das Thema Gewalt besser bei der Ausbildung berücksichtigen, wir brauchen auch eine sicherlich bessere Ausstattung und wir brauchen eine Forschung, die sich mit den Gewalterfahrungen der Polizisten beschäftigt. Wir brauchen diese Forschung deswegen, damit wir hinterher anhand der Ergebnisse eine Verbesserung der Fürsorge anstreben können. Wichtige Aspekte sind natürlich auch die juristische Strafverfolgung, an deren Ende eine Strafe stehen muss. Hier muss sich etwas Grundsätzliches ändern, denn es ist ein wichtiges Signal in der Gesellschaft, dass wenn der Staat und Polizisten angegriffen werden auch Sanktionen erfolgen.

Da ist nicht nur Polizei, Justiz und Politik gefordert. Die Gesellschaft insgesamt hat aber hier ihre Aufgaben auch zu erledigen, denn ein dramatischer Wandel hat sich in den letzten Jahren eingestellt. Große Teile der Gesellschaft sind staatsfern, werden gar nicht mehr von unserer Politik, unseren Werten und Gesetzen erreicht.

Da muss dringend ein Umdenkungsprozess einsetzen, der Integration zum Ziel hat. Wir



Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eröffnete die Polizeitage von GdP und Behörden Spiegel in Hamburg

müssen das Ruder rumreißen und die Gesellschaft umsteuern!

Behörden Spiegel: Sie fordern konkret eine Verschärfung des Strafgesetzbuches. Was soll das bringen?

Freiberg: Wir fordern eine Verschärfung des Strafgesetzbuches, konkret einen Paragraphen 115, der tätliche Angriffe auf Polizisten unter Strafe stellt. Wir fordern eine Mindeststrafe, dass deutlich wird, dass wer hier angeklagt wird nicht ohne Strafe wekommt. Der jetzige Paragraph 113 StGB, der den sogenannten Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ahndet, also gegen Polizisten, Steuerberater, Zöllner usw. hat Lücken. Er verwendet erstens den verkehrten Begriff Widerstand, viele Jugendliche sehen das Wort positiv. Das zweite ist, dass ein Polizist nur dann durch diesen Paragraphen geschützt ist, wenn er eine Vollstreckungshandlung ausführt.

Ein Polizist, der bei der Demonstration in einer Reihe steht und von einem Stein getroffen wird, für den gilt der Paragraph 113 nicht. Und deswegen muss man hier eine Veränderung herbeiführen. Wir müssen hier

Signale in Richtung Gewalttäter setzen. Ich halte es persönlich auch für völlig falsch, wie es bei manchen Parteien derzeit geschieht, zwischen guter Gewalt gegen Rechts und anderer Gewalt zu unterscheiden. Wir brauchen eine moralische Grenzziehung gegenüber jeder Gewalt.

Behörden Spiegel: Sie fordern in dem dann neuen Paragraphen 115 StGB eine Mindeststrafe. Wie hoch soll die sein?

Freiberg: Die Strafe sollte von mindestens drei Monaten bis zu fünf Jahren gehen. Das ist der Entscheidungsbereich, der dem Gericht dann zur Verfügung steht. Wichtig dabei ist allerdings, dass eine Gewalttat immer eine Konsequenz haben muss. Schnelligkeit des Urteils und Härte ist ein weiteres Thema.

Behörden Spiegel: Mit einer solchen abschreckenden Mindeststrafe erreicht man doch eher Gelegenheitstäter, die sogenannten Intensivtäter sammeln solcherlei Strafen ja geradezu. Der neue Paragraph hätte also nur eine bedingte Wirkung?

Freiberg: Ja natürlich, aber jede strafrechtliche Norm wirkt nur dann abschreckend, wenn die potenziellen Straftäter sie erkennen und auch den Sinn begreifen.

Gewisse Täter, also insbesondere die Intensivtäter, aber auch solche, die bis zur Betäubung Alkohol getrunken haben, wird man von einer Gewalttat wahrscheinlich mit Strafandrohungen nicht abhalten können. Wichtig sind dann hier andere gesellschaftliche Maßnahmen und auch die Reduzierung des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit.

Behörden Spiegel: Ist das Phänomen der grundlosen, also Anlass unabhängigen Gewalt gegen Polizeibeamte auf die großen deutschen Metropolen, vor allem eben Berlin und Hamburg beschränkt, oder gibt es das auch in Kleinstädten und auf dem Land?

Freiberg: Das gibt es mittlerweile überall. Natürlich in den Großstädten ist die Gewalt ausgeprägter. Doch selbst in kleineren Städten, so beim berühmten Spiel Halle gegen Magdeburg kam es ja zu einem Mordversuch an Polizisten. Da haben Fußballfans eine Gruppe von Polizisten in einen Hinterhalt gelockt und anschließend mit einem vorbereiteten Steinelager aus Müllcontainern die Beamten versucht umzubringen.

Es flogen Feuerlöscher, Molotov-Cocktails und Pfefferspray seitens der Demonstranten. Das hat sich alles nicht in einer Metropole ereignet. Gewalt ist ein flächendeckendes Problem geworden, besonders die Gewalt gegen Polizisten. Man kann bisher wirklich von Glück reden, dass niemand zu Tode gekommen ist. Das Ziel war es bereits mehrfach Kollegen zu töten.

Weitere Polizeitage folgen!

(BS) Gewalt gegen Polizeibeamte, sei es am 1. Mai im Hamburger Schanzenviertel, bei manchen Fußballspielen und an Party-Wochenende gehören mittlerweile zum traurigen Alltag.

Die Polizeitage 2010 widmen sich aber auch anderen Brennpunkthemen wie der Cyber Crime (Hannover) als Bedrohung für

die moderne Informationsgesellschaft oder der Polizei der Zukunft (Ausrüstung und Ausstattung) in Düsseldorf. Eine Abschlussveranstaltung findet in Berlin statt.

Für Interessierte Firmen, die an der Reihe "Polizeitage 2010" mitwirken wollen, stehen Helga Woll und Martin Jung für weitere Informationen zur Verfügung: helga.woll@behoerdenspiegel.de oder martin.jung@behoerdenspiegel.de

Eine "Kultur des Hinsehens" von der Politik gefordert

(BS) Mit einem Dank an die Veranstalter – GdP und Behörden Spiegel – für das innenpolitische Thema Nummer eins: "Gewalt – eine Herausforderung für Politik, Polizei und Gesellschaft" eröffnete am vergangenen Freitag der Innensenator Hamburgs und derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK) Christoph Ahlhaus den ersten von insgesamt fünf geplanten Polizeitagen 2010.

Zur Premiere in Hamburg betonte Ahlhaus die Notwendigkeit des Dreiklangs, den das gesetzte Thema aufgabe. Der Innensenator sagte, dass es nicht nur ein politisches Thema ist Gewalt einzudämmen, sondern ein Thema von Gesellschaft und Familie.

Dennoch sei die Politik dringend gefordert zu einer "Kultur des Hinsehens", so der Senator, zu kommen. Es müssten auch durch staatliche Institutionen wie der Schule wieder Normen vermittelt werden, die im sozialen Umgang akzeptiert würden. Auch müssten Strafen erhöht werden, so wie es die

GdP mit der Änderung des Paragraphen 115 im Strafgesetzbuch fordere.

Der Staat in Gefahr

Die neueste Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) in Hamburg zeige zwar keine deutliche Zunahme der Kriminalität insgesamt, doch einen Anstieg der Gewaltkriminalität um 8,2 Prozent. 2008 habe es ein geringfügiges Zurück bei Gewalttaten in der Statistik gegeben, ansonsten kletterten die Zahlen seit 15 Jahren nach oben. Dies liege nicht nur an der Steigerung der Anzeigebereitschaft der Bürger, sondern auch an einer gesellschaftlichen Situation, in der Gewalt immer mehr akzeptiert würde. "Der Staat gerät in Gefahr", so Ahlhaus weiter, wenn Polizisten in Uniform als Vertreter des Staates angegriffen würden und ohne Vorliegen einer konkreten Auseinandersetzung Gewalt angewendet würde.

Gewalt bei Fußballspielen

Ein Thema war am Vorabend

des Hamburger Polizeitages die Gewalt am Rande von Fußballspielen: HSV gegen Anderlecht. "Wo viele Fußballfans sind, ist meistens auch viel Polizei notwendig", so der Senator. In den Stadien sei mittlerweile weitestgehend Ruhe eingekehrt, doch die An- und Abreisewege würden meist von Ultras genutzt, sich zu prügeln. Die Vereine seien hier deutlich mehr gefordert als bisher und es könne nicht sein, dass Wirtschaftsunternehmen, wie eben auch Fußballvereine, Gewinne machten, die sie dann in Stadionrenovierungen steckten, ohne die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen finanzieren zu wollen. Die Polizei sei "nicht als lebendige Mauer zwischen den Fanblocks" einzusetzen.

Anzeigepflicht

Der Hamburger Senat hat sich dem Thema Gewalt an Schulen in jüngster Vergangenheit besonders gewidmet. So gebe es eine Anzeigepflicht für Lehrer und Schulleitungen bei Gewalttaten an ihren Einrichtungen, es

gebe vermehrt wieder Unterrichtseinheiten, die von Polizeibeamten durchgeführt würden, es gebe Runde Tische und eine "Sondereinheit" Cop4you. Der Senator wies auf eine IMK-Studie hin, nach der untersuchte Straftäter im Alter von 13 bis 30 Jahren nur zu 16 Prozent tatsächlich für ihre Taten verurteilt würden.

Notwendige Prävention

Dies sei ein unhaltbarer Zustand und man müsse auch die Justiz daran erinnern, dass die Erfahrung mit einer Strafe immer hilfreich zur Verhinderung einer kriminellen Karriere sei. "Die notwendige Präventionsarbeit muss mit Blick auf die Gewalt in der Gesellschaft intensiviert werden. Niemals dürfen wir der Gewalt mit Gleichgültigkeit, trotz der professionellen Distanz, die auch die Polizeiarbeit erfordert, begegnen." Wirtschaft, Vereine, Familien und Schule – alle Institutionen der Gesellschaft müssten sich in einer Koalition zur Gewaltprävention wieder finden.

Innovationsgeist

(BS) Bei 3M Deutschland nutzen knapp 5.000 Mitarbeiter ihr Know-How und über 40 Technologie-Plattformen, um ständig neue und innovative Produkte zu entwickeln. Produkte und Lösungen der 3M leisten täglich in unterschiedlichsten Bereichen einen Beitrag zum Erfolg unserer Kunden.

Starke Marken

Starke Marken spiegeln den Erfindungsreichtum und die Qualität der Leistungen von 3M wider: Scotch®, Post-it®, Scotchgard™, Thinsulate™, Scotch-Brite™, Filtrete™, Command™ und Vikuiti™ - starke Namen, denen Sie vertrauen können.

Stets zu Ihren Diensten

Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Bedienungskomfort – das sind die Anforderungen, die die Materialien für das Aufgabengebiet der inneren Sicherheit in hohem Maße erfüllen müssen. 3M hilft Ihnen, ...

- Pandemievorsorge und wirtschaftliche Budget-Nutzung sinnvoll zu verbinden,
- Den empfindlichen Hörsinn Ihrer Einsatzkräfte mit Peltor™ Kommunikationslösungen vor irreversiblen Gehörschäden zu schützen,
- Ihre Einsatzkräfte in kritischen Situationen sichtbar zu machen.

Was können wir für Sie tun?

3M Deutschland GmbH
Government Markets
Behörden und Bundeswehr
Carl-Schurz-Straße 1,
D-41453 Neuss

Tel.: +49 - (0)2131 - 142441
Fax: +49 -(0)2131 - 1412 24 41
E-mail: Behoerden@mmm.com
Internet: www.3M-Behoerden.de

Rundum Schutz für den Einsatz

(BS) Als öffentlicher Arbeitgeber müsse man insbesondere die Einsatzkräfte im operativen Dienst so gut es ginge schützen und seiner Fürsorgepflicht nachkommen, sagte Götz Stamm von der 3M Deutschland GmbH.

3M biete deshalb Lösungen für die bessere Sichtbarkeit von Polizisten im Straßenverkehr, für den Schutz vor lautem Impulslärm sowie vor Wurfgeschossen gegen Fahrzeuge und Gebäude. Ein vorsorgliches Pandemie-Konzept sei darüber hinaus in Krisenzeiten für die Aufrechterhaltung des Dienstes wichtig und kostensparend.

Man könne zwar die Gefahr, die durch Fahrzeuge mit zu hoher Geschwindigkeit ausgingen, nicht beeinflussen, aber man könne sich als Polizist in der Dunkelheit selbst besser sichtbar machen.

Ohne Leuchtmaterial auf der Kleidung könnten Personen im Dunkeln höchstens 30 Meter im Voraus, zuweilen gar nicht gesehen werden. Polizisten mit

Leuchtmaterial hingegen, seien nach je nach Qualität der Reflektoren bis zu 160 Meter weit sichtbar – und entsprechend besser vor Kollisionen geschützt. "Man muss mindestens genauso gut leuchten, wie die Lichter drum herum", sagte Stamm.

Weil in Zeiten von schlanken Produktionsprozessen bei Unternehmen kaum mehr größere Lagerbestände zur Verfügung stünden, seien Lieferengpässe in Krisenzeiten auch künftig absehbar.

Für außergewöhnliche Ereignisse wie einer Pandemie müsse man deshalb als wichtige öffentliche Institution ein Konzept bereit halten, sagte Stamm.



Götz Stamm, 3M, stellte persönliche Schutzkomponenten für Polizeibeamte vor.

Jugendrecht konsequent anwenden

(BS) Als Kleinstaaterei bezeichnete Dr. Andreas Dressel, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, den Umstand, dass von 16 nur zehn Bundesländern bei der geplanten Befragung von Polizeibeamten durch das niedersächsische Kriminologische Forschungsinstitut (KFN) sich beteiligen.

"Wir erhalten einen Datenflückerenteppich", so Dressel, was auch im Sinne der Fürsorgepflicht aus Sicht der Polizei nicht sinnvoll sei.

Der Innenpolitische Sprecher der SPD in Hamburg kritisierte aber auch die Justiz. Es gäbe zu häufig Verfahrenseinstellungen nach Übergriffen auf Polizeibeamte. Natürlich seien Richter unabhängig, die sei ein fundamentales Staatsprinzip. Aber die Rechtssprechung könne sich nicht außerhalb jeder gesellschaftlichen Diskussion stellen.

Es könne nicht sein, dass Verfahren gegen Steinwerfer bei jährlich wiederkehrenden Events, bei denen es zu Gewaltexzessen komme, zu lange verschleppt würden. So seien auch in diesem Jahr am 1. Mai im Hamburger Schanzenviertel Täter wieder aufgefallen, die bereits im Vorjahr nach der Veranstaltung trotz eines eingeleiteten Strafverfahrens noch keinen Richter zu Gesicht bekommen hätten.

Die Diskussion um Jugendgewalt müsse aber nicht in erster Linie im Zusammenhang mit der Polizei geführt werden, sondern man müsse den Blick auf Erziehung, Schule und Familie legen.

"Wer hier nicht rechtzeitig richtig investiert, wird ein vielfaches an gesellschaftlichen und sozialpolitischen Reparaturkosten bezahlen müssen", so Dr. Dressel weiter. Aus Sicht des SPD-Mitglieds der Hamburger Bür-



Forderte Alkohol-Test-Käufe, um die Abgabe an Minderjährige zu unterbinden: Dr. Andreas Dressel, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in Hamburg.

gerschaft seien vor allem zwei Punkte im Bereich der Jugendgewalt ausschlaggebend, nämlich die zwei Tatmittel Waffen und Alkohol. Gewalt eskaliere immer dann, wenn Waffen verfügbar seien. In der Vergangenheit habe es immer wieder eine Eskalierung der Auseinandersetzungen dann gegeben, wenn ein Messer oder andere gefährliche Werkzeuge eingesetzt werden konnten. Besonders ein Jahr nach Winnenden müsse eine gemischte Bilanz gezogen werden, denn die Verschärfung des Waffenrechts sei nur eine Facette der Präventions- und Aufklärungsarbeit. Es sei aber überhaupt nicht genug Personal in den Waffendienststellen, die das neue Waffenrecht auch umsetzen und durchsetzen könnten.

Was nützen verdachtsunabhängige Waffenaufbewahrungskontrollen, wenn sie mangels Personal durch Waffenbesitzer nicht gefürchtet werden müssen. Zudem sei die Waffenrechtsnovelle aufgrund der stattgefundenen Bundestagswahl nur der kleinste gemeinsa-

me Nenner gewesen, den die Große Koalition seinerzeit verabschieden konnte. Er unterstütze die Initiative des Bundespräsidenten, der gefordert habe, das Thema noch einmal zu diskutieren. Es sei falsch, dass neue Waffenrecht als unzumutbare Belastung für Waffenbesitzer zu interpretieren.

"Der Konsum von Alkohol ist bei der Begehung von Gewaltdelikten durch junge Menschen das zweite Thema von Bedeutung", so Dr. Dressel.

"Während in den Jahren 2002/2003 hamburgweit knapp 25 Prozent der Gewaltdelikte unter Alkoholeinfluss verübt wurden, ist es mittlerweile jedes Dritte Gewaltdelikt, bei den Delikten der Straßengewalt sind es sogar 42 Prozent. Im Gefahrengebiet St. Pauli gibt es noch häufiger Anhaltspunkte, dass Tatverdächtige von Körperverletzungs- und Gewaltdelikten alkoholisiert waren.

Daher sei mit Blick besonders auf Niedersachsen auch für Hamburg zu fordern, dass das Entdeckungsrisiko für verantwortungslose Wirte und Laden-

besitzer viel zu gering sei. Diesen könne man durch qualifizierte Testkäufer-Programme entgegenen. Niedersachsen habe dies vorgemacht. So konnten die jungen Testkäufer im ersten Jahr des Programms bei rund 55 Prozent der Verkaufsstellen Alkohol erwerben, ein Jahr danach seien es nur noch 41 Prozent gewesen. Insgesamt habe es 2009 fast 3.000 Alkoholtestkäufe in Niedersachsen gegeben. 730 Bußgelder in Höhe von 500 bis 3.000 Euro seien belegt worden.

Man könne qualifizierte Testkäufer insbesondere in Gestalt von Anwärtern aus den Polizeidienst gewinnen. Der Jugendschutz müsse verstärkt als Gewaltprävention in Betrachtung gezogen werden. Ganz besonders kritisierte Dressel die Zugänglichkeit des Alkohols vor allem nachts.

Durch die Liberalisierung des Ladenschlussrechts seien alle Dämme gebrochen worden. In rauen Mengen würde bei Discountern und in Szenestadtteilen harter Alkohol zu Billigstpreisen herangeschafft. "Das wirkt bei Brandbeschleuniger in den Gewaltbrennpunkten einer Stadt", so der SPD-Abgeordnete. Außerdem müsse man die Szene-Locations stärker in die Pflicht nehmen.

Alle Bemühungen gegen Jugendgewalt würden konterkariert, wenn die Strafe nicht auf dem Fuße folge. Über verbindliche Verfahrensleitlinien zwischen Staatsanwaltschaft und Gerichten müsse Sorge getragen werden, dass das vereinfachte Jugendverfahren nach §§ 76ff. JGG bzw. das beschleunigte Verfahren nach §§ 417ff. StPO wesentlich intensiver in geeigneten Fällen zur Anwendung kommen. Man brauche das Jugendverfahren gar nicht zu verschärfen, man müsse es nur anwenden.



Tsunami der Gewalt: Wo liegt das Epizentrum?

(BS) "Wo liegt das Epizentrum der Gewalt? In der Familie? In der Schule? ...", fragte Uwe Koßel, Vorsitzender der GdP Hamburg. Er plädierte – auch wenn sich die Frage nach dem Epizentrum letztlich nicht genau klären lasse – für eine Präsenzpflicht im Kindergarten. Es sei der falsche Weg Eltern 125 Euro für die Nichtinanspruchnahme eines Kindergartenplatzes zu zahlen. Für die geistige und auch besonders die gewaltpräventive Entwicklung der Kinder sei die soziale Gruppe notwendig.

Heute sei es an Grundschulen montags erst einmal zwei bis drei Stunden notwendig Aggressionen bei den Kindern abzubauen, die diese am Wochenende in ihrer familiären Situation aufgestaut hätten. Auch sei dem Senat dringend geraten die Verletzung der Schulpflicht nicht nur zu kontrollieren, sondern auch zu sanktionieren. Die Ersatzfamilien, der Fanclub oder die Gang, hätten

zunehmend schlechten Einfluss auf die Entwicklung der Jugendlichen. Kämen noch Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlte Arbeit hinzu, würden die durch Fernsehen und Werbung geweckten Konsumwünsche nicht befriedigt, seien Karrieren mit Alkohol und Drogen und letztlich Gewalt angelegt.

Die Gewalt sei aber kein abschließliches Phänomen sozial schwieriger Schichten, sondern es gebe auch die sogenannte "Wohlstandsverwahrlosung". Nach Ausschreitungen gäbe es in Hamburg schon mal das Phänomen, dass auch gut betuchte Eltern ihre Kinder, die in Polizeigewahrsam saßen, gar nicht abholen wollten, weil sie befürchteten, dass ihr alkoholisierter Nachwuchs auch ihnen gegenüber Gewalt anwende.

Koßel nannte auch erste Lösungsansätze, so z.B. ein Verkaufsverbot für Alkohol nach 22 Uhr. Es wäre nicht einzusehen, dass an Hamburger Bahnhöfen rund um die Uhr Alkohol ver-

kauft werden könne. Auch solle der Verzehr von Alkohol in öffentlichen Verkehrsmitteln untersagt werden.

Ein ganz heißes Eisen sei, so Koßel weiter, die Gewalt, die von Menschen anderer Kulturen ausgehe. Als Beispiel nannte er russische Familien, in denen nicht nur der Alkohol eine besonders große Rolle spiele, sondern die auch durch einen "Männlichkeitskult" geprägt seien, der mit dem in Deutschland geübten Wertesystem nicht harmonisiere. Dies gelte auch für islamische Familien, wo besonders das Verhältnis Mann-Frau ein gänzlich anderes sei als in deutschen Familien.

Er erlebe im Polizeialltag dann eine besonders hohe Aggressivität bei ausländischen Mitbürgern, die – selbst wenn sie einen deutschen Personalausweis besäßen – bei einer Kontrolle sich darüber beschwerten,



Vom Tsunami der Gewalt sprach Uwe Kossel, Vorsitzender der GdP Hamburg.

dass diese nur deswegen stattfinde, weil sie "eben Ausländer" seien.

Wenig hilfreich sei dabei die "Gutmenschenmentalität" mancher Politiker, die bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und ausländischen Mitbürgern immer die Schuld bei den staatlichen Kräften suchen würden.

Die Studie: Gewalt gegen Polizeibeamte

(BS) Über keine Studie ist in den letzten Monaten so intensiv öffentlich diskutiert worden wie über das Vorhaben des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN). Die Studie bestehe aus einem qualitativen (Einzelinterviews) und einem quantitativen (Fragebogen) Teil. Dipl.-Psych. Bettina Zietlow, betonte die Notwendigkeit neben der Fragebogenaktion auch in Einzelinterviews die Gewalterfahrung von Polizeibeamten und -beamtinnen zu erforschen.

Mitunter sei ein Anspucken im öffentlichen Raum eine dramatischere Gewalterfahrung, als die Teilnahme bei einem Einsatz am 1. Mai im Hamburger Schanzenviertel, bei der brutale körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte ausgeübt würde. Aufgrund ihrer ersten Gespräche habe sie auch die Erfahrung gemacht, dass nach einem Gewalterlebnis, das zur vorübergehenden Dienstunfähigkeit bei Polizisten geführt habe, der entstandene Gewalt-Eindruck mitunter durch das Verhalten des Dienstherrn im Nachhinein



Die Studie zur Gewalt gegen Polizeibeamte nahmen die Psychologinnen vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen, Karoline Ellrich und Bettina Zietlow, vor.

noch übertroffen würde. "Mitunter nimmt die Anerkennung eines Dienstunfalls durch das Verhalten des Dienstherrn bzw. durch die Notwendigkeit, zahlreiche Anträge und Schreiben zu verfassen, breiteren Platz als die Gewalterfahrung selbst ein. Es wird eine zusätzliche Belastung und die eventuelle Auseinandersetzung mit dem Dienstherrn nimmt immer mehr Raum auch in der Nachbearbeitung der Gewalterfah-

rung ein", so Zietlow. Dipl.-Psych. Karoline Ellrich schilderte ihre Sicht der öffentlichen Diskussion um den von ihr mit entworfenen Fragebogen, der von den Polizeibeamten und -beamtinnen der 10 teilnehmenden Länder am Forschungsprojekt freiwillig beantwortet werden kann.

Die öffentliche Auseinandersetzung habe sich um die psychologischen Fragen nach der Gewalterfahrung in der Kindheit gedreht.

"Leider sind wir hier gescheitert und mussten diese Fragen streichen. Wir werden also hierzu auch keine Ergebnisse vorlegen können", so Ellrich weiter. Es habe nie einen Anlass gegeben den Vorwurf gegen das niedersächsische Institut zu erheben, hier sollte das Täter-Opfer-Verhältnis umgedreht werden. Aus psychologischer Sicht allerdings sei die Untersuchung der Gewalterfahrungen jedoch auch mit Blick auf die

individuelle Disposition des angegriffenen Polizisten in einer jeweiligen Situation notwendig. Zwei Drittel aller Übergriffe erfolgten im Streifendienst und nicht bei gewalttätigen Auseinandersetzungen wie am 1. Mai in Berlin oder im Hamburger Schanzenviertel.

Das bedeute, dass diese Gewalttätigkeiten in der Mehrzahl in unmittelbarer Interaktion erfolgten. Polizisten beeinflussten in dieser Situation durch ihr eigenes Verhalten, dem eine individuelle Erfahrung zugrunde liege, die Handlungsabläufe. Und es wäre interessant und wichtig gerade hier den Einfluss des handelnden Polizisten auf den weiteren Verlauf der möglicherweise gewalttätigen Interaktion zu beleuchten. Zu den Gründen müssten allerdings nicht nur individuelle Vorerfahrungen gehören, sondern es könnte auch die dienstliche Überlastung als Ursache für Verhalten gesehen werden. Absicht sei zur Frühjahrs-IMK die ersten Ergebnisse der Studie vorzulegen und öffentlich zu präsentieren.



DEUTSCHER
FUSSBALL-BUND

Gemeinsam gegen Gewalt



Wie ich es sehe: Konrad Freiberg über Gewalt als gesellschaftliches Phänomen

„Fußball ist nicht die Ursache“

Unter der Überschrift „Wie ich es sehe“ wird in jeder Ausgabe des DFB-Journals ein Beitrag veröffentlicht, in dem eine bekannte Persönlichkeit ihre Meinung zu einem aktuellen Thema äußert. Heute nimmt Konrad Freiberg, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Stellung zum Thema Gewalt in unserer Gesellschaft, Stadionverbote sowie die Kooperation von Polizei und Fußball.

Die Polizei begrüßt das Urteil des Bundesgerichtshofs, das die Praxis der Stadionverbote nach den Richtlinien des DFB bestätigte. Damit erhalten die Bemühungen von Polizei und Vereinen, friedliche Besucher von Fußballspielen vor potenziellen Gewalttätern zu schützen, höchstrichterliche Unterstützung. In der Spielsaison 2007/2008 waren von den Vereinen der Bundesliga wie auch der 2. Bundesliga insgesamt 259 auf örtliche Stadien begrenzte sowie 889 bundesweit wirksame Stadionverbote ausgeschrieben worden. Dabelsetzten Polizei und Versprochen worden. Dabelsetzten Polizei und Versprochen worden. Dabelsetzten Polizei und Versprochen worden.

ten. An Wochenenden gibt es Situationen, die an Bürgerkriege erinnern. Ganze Straßenzüge sind anschließend nicht mehr begehbar. Daran können und wollen wir uns nicht gewöhnen. Einmal musste die Bremer Polizei vor einem Spiel die Reisenden aus sechs voll besetzten Bussen geschlossen in Gewahrsam nehmen.

Die Entwicklung der Gewalt in unserer Gesellschaft ist erschreckend, nicht nur ihr Ausmaß, sondern auch ihre zunehmende Brutalität. Der Fußball ist nicht die Ursache, aber immer häufiger äußerer Anlass. Damit wird eine Sportart in Mitleidenschaft gezogen, die von Millionen geliebt und mit Begeisterung ausgeübt wird. Der Sport insgesamt hat es nicht verdient, von Fanatikern und Gewalttätern diskreditiert zu werden.

Aus diesem Grund haben der Deutsche Fußball-Bund, die Deutsche Fußball Liga und die Gewerkschaft der Polizei verabredet, unter dem Motto „Gemeinsam gegen Gewalt, gemeinsam für ein friedliches Miteinander“ in Zukunft

zur Eindämmung von gewalttätigen Übergriffen im Umfeld des Fußballs effektiver zusammenzuarbeiten und partnerschaftlich vorzugehen.

Dabei sollen bereits vorhandene Präventivmaßnahmen intensiviert und die Sportgerichtsbarkeit konsequent genutzt werden. Auf Anregung von DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger und Generalsekretär Wolfgang Niersbach ist zudem in enger Zusammenarbeit mit der DFL und der Gewerkschaft der Polizei für 2010 ein gemeinsamer Kongress geplant, der von einer Medienkampagne begleitet werden soll. Ziel ist es, den Fußball und die Polizei für alle sichtbar als Partner im Kampf gegen Gewalt darzustellen.

Das ist ganz im Sinn der Gewerkschaft der Polizei. Wir wollen, dass polizeiliche Einsätze bei Fußballspielen weniger werden und dass unsere Kolleginnen und Kollegen ebenso gesund und unbeschadet wieder nach Hause kommen wie Spieler und Fans.



www.dfb.de

Gemeinsam für ein friedliches Miteinander

Schon betrunken in die Disko: Phänomen "Vorglühen" - eine Diskussion

(BS) Eine grundlegende Frage in der Diskussion über zunehmende Gewalttaten sei es, wie man mit dem exzessiven Alkoholkonsum umgehe, der viele Gewaltausbrüche erst ermögliche. Wie lässt sich dieser besser unterbinden und wie muss man damit umgehen, fragte Konrad Freiberg.

Tatsächlich habe sich die heutige Kultur des Ausgehens grundlegend geändert, der Hamburger Polizei-Vizepräsident, Reinhard Fallak. Vor allem Jugendliche gingen viel später in die Kneipen und Diskotheken und feierten auch entsprechend länger – zum Teil bis in die späten Morgenstunden. Außerdem gebe es das Phänomen des sogenannten "Vorglühens": Um Geld zu sparen fangen viele junge Menschen schon vor dem Ausgehen zu Hause an Alkohol zu trinken. Auf dem Weg zur Reeperbahn hole man sich dann oft noch etwas "Wegzehrung" an Tankstellen. So kämen viele am Wochenende schon betrunken in die Clubs und Auseinandersetzungen seien programmiert.

Auch Fallak forderte einen neuen Paragraphen 115 für das Strafgesetzbuch (StGB). Dieser solle mit hohen Mindeststrafen von drei oder sechs Monaten vorgesehen werden. Auch dürfe

es bei Gewalttaten gegen Polizisten keine mildernden Umstände mehr dafür geben, dass sich die Ausrüstung der Polizei verbessert und zum Beispiel Wurfgeschosse besser abgewehrt werden könnten. "Wo kämen wir denn da hin, wenn jemand auf einen Polizisten schießt und Rabatt dafür bekommt, dass dieser eine Schutzweste getragen hat."

"Ein komplettes Alkoholverbot ist nicht durchsetzbar", sagte Polizeihauptkommissar Gerhard Kirsch, der auch stellv. GdP-Landesvorsitzender ist, auch wenn er sich das nach 30 Jahren Dienstzeit in St. Pauli manchmal wünsche. Kirsch fordert aber ein Verkaufsverbot von Alkohol für Tankstellen und Kioske nach 22.00 Uhr.

Außerdem müsse das Glasflaschenverbot konsequenter umgesetzt und die Abgabe von Alkohol an Minderjährige besser unterbunden werden – hier könne man sich am erfolgreichen niedersächsischen Modell orientieren. Darüber hinaus fordere er, bei Gewalttaten (gegen Polizisten) Strafen besser durchzusetzen. Es gebe Leute, die würden an Tankstellen Benzin in Flaschen abfüllen, um sie danach als Molotow-Cocktail auf die Polizei zu werfen.

Solche Leute dürften nicht mit

einer Bewährungsstrafe davon kommen – auch nicht, wenn sie glücklicherweise vorher abgehalten werden konnten. "Das kann nicht sein, das ist ein falsche Signal!", so Kirsch.

Es sei schon besonders, wenn er als Innenpolitischer Sprecher der SPD in Hamburg den christdemokratischen Innenminister Niedersachsen lobte, sagte Dr. Andreas Dressler. In diesem Fall müsse er das Konzept der Alkoholtankkäufe des Nachbarlandes aber ausdrücklich befürworten. Niedersachsen habe die Überwachung von 2008 bis 2009 verzehnfacht und damit innerhalb eines Jahres eine Reduzierung der Verstöße im Bereich Jugendschutz von 55 Prozent auf 41 Prozent erzielen können.

Ein weiteres gutes Beispiel gebe es in Baden-Württemberg, wo man in parteienübergreifendem Konsens ein nächtliches Verkaufsverbot für Alkohol an Tankstellen, Kiosken und Supermärkten erlassen habe, um dem "Trinken auf der Straße" entgegen zu wirken.

Nicht nur die Einsatzkräfte der Polizei hätten unter der Gewalt und den massiven Auswirkungen des Alkohols zu leiden, sondern auch Rettungs- und Feuerwehrkräfte. "An manchen Tagen wie Sylvester sind die nur noch unter Polizeischutz

einsatzbereit, um Verletzte zu versorgen und Müllcontainer zu löschen", so Dressler. Um in der Sache weiter zu kommen, bringe es allerdings nichts, sich nur gegenseitig zuzustimmen. Man müsse die Justizministerseite überzeugen – auf Landes- und Bundesebene. Für Hamburg bedeute das vor allem, die Grünen zu überzeugen, auf Bundesebene müsse FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ins Boot geholt werden.

Aus dem Publikum wurde darauf hingewiesen, dass es für junge Beamte in Hamburg keine freie Heilfürsorge mehr gebe. Das könne für junge Polizisten kritisch werden: bei längeren Krankenhausaufenthalten infolge einer Verletzung im Dienst müssten schnell vier- oder fünfstellige Summen ausgelegt werden.

Das sei angesichts der noch kurzen Dienstzeit und des geringen Vermögens der meisten kaum möglich. Dressler erklärte, er habe sich für die Wiedereinführung bereits mehrfach eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun. Es sei allerdings schwierig daran etwas zu ändern, da der Haushalt an dieser Stelle bereits gekürzt wurde und solche Kürzungen, wenn einmal da, so schnell nicht zurückgenommen würden.

Gewalt beim Fußball-Spiel: Hertha-Ultras schlagen zu

(BS) Berlin, Samstagmittag, Olympia-Stadion: Nach dem Hertha BSC vor einer Rekordkulisse im heimischen Olympia-Stadion gegen den 1. FC Nürnberg mit 1:2 verlor, sind die Chancen zum Klassenerhalt in der 1. Liga fast gänzlich verspielt.

Als dann um 17.21 Uhr der Schiedsrichter Knut Kircher das Spiel abpfliff, kam es in der Ostkurve zu ersten Wutausbrüchen unter den Berliner Ultras. Erst flogen Pappbecher, Fahnen und Plakate auf die das Spielfeld umrandende Laufbahn, dann Feuerzeuge.

60 Ordner formieren sich vor der Ostkurve, doch bereits sind die ersten Chaoten verumumt mit Schals und Kapuze über den zwei Meter breiten Graben, der die Ränge vom Innenraum

trennt, gesprungen.

Es werden immer mehr, die teilweise mit Holzstangen bewaffnet sind. Ein Randalierer hat sogar ein Eisenrohr in der Hand, das er aus der Befestigung für die Sitze gerissen haben soll. Bereits um 17.27 Uhr ist die Gruppe auf 100 Ultras angewachsen. Sie stürmen auf den Kabineneingang, in den sich die Berliner Spieler bereits zurückgezogen haben. Lob kam für die Ordner, die um zu deeskalisieren den Weg freimachten.

Die Nürnberger Spieler, die noch mit ihren Fans den Sieg feierten, konnten in letzter Minute in Richtung Tunnel verschwinden. Die Ordner verschlossen die Türen und das sogenannte Marathon-Tor öffnete sich: Bereitschaftspolizei



mit voller Schutzausrüstung Abreisewegen. Die Geschäftsstelle des Fußballclubs Hertha wird mit fünf Mannschaftswagen bewacht. Als sicher gilt, dass die DFL den Berliner Verein bestrafen wird, günstigstenfalls mit einer Verwarnung, schlimmstenfalls mit einer Platzsperrung. Der Verlauf der Ereignisse hätte für Ordner, sowohl Berliner wie Nürnberger Spieler allerdings auch weniger glimpflich ausgehen können.

Geld allein macht es nicht

(BS) "Gewalt ist nicht akzeptabel", erklärte Kai Voet van Vormizeele, Innenpolitischer Sprecher der Hamburger CDU-Fraktion. Wenn man anfangs zu erklären oder gar Rechtfertigungsgründe suche, warum Menschen Gewalt anwenden, "ist man auf dem falschen Dampfer".

Früher seien vor allem Leute aus der unteren Bildungsschicht durch Gewaltdelikte aufgefallen, die alten Muster passten aber nicht mehr. Heute würden sich auch Jugendliche aus höheren Bildungsschichten daran beteiligen. Es gebe meist keinen politischen Hintergrund, sondern es ginge um sogenannte "event-orientierte" Gewalt, so van Vormizeele. Man organisiere sich spontan per SMS und treffe sich dann, um Gewalt zu verüben. Diese Einstellung habe mit einem grundlegenden Werteverlust in Teilen der Gesellschaft zu tun.

Es fehle vor allem an Respekt, hat auch Helmut Spahn festgestellt, Sicherheitsbeauftragter und Abteilungsleiter Prävention und Sicherheit beim Deutschen Fußball Bund (DFB). Bei vielen Gewalttätern gebe es gar keine Erkenntnis, dass eine Straftat begangen worden sei. Von Reue ganz zu schweigen. Fangruppen müssten zuerst die rechtsstaatlichen Prinzipien anerkennen – ohne ein entsprechendes Bekenntnis mache es keinen Sinn, in einen weiteren Dialog zu treten. Hier müssten sich Vereine klarer positionieren, fordert der DFB. Gewaltbereite "Ultra-Fangruppen" brauche man in den Stadien nicht. Es sei aber schwierig diese "chirurgisch herauszuschneiden", weil es sich um einen verschwindend geringen Teil der Fans handle. Deutschlandweit gelten nur etwa 2.000 Fußballfans als ausschließlich gewaltgetrieben. Dazu kämen etwa 6.000 bis 8.000 Mitläufer. Versuche man diese auszu-

schließen, sei allerdings mit gewissen solidarischen Reaktionen der Fangemeinde zu rechnen. Außerdem müsse die Vereinsführung bei konsequentem Vorgehen gegen gewaltbereite Fangruppen Gegenmaßnahmen aushalten – in Rostock haben Ultra-Fans Präsidium und VIP-Lounge gestürmt. In der Vergangenheit habe es aber auch sehr positive Beispiele gegeben, erklärte Spahn: friedliche Fangruppen hätten sich gegen Ultras gestellt.

Wer schon mal ein jahrelanges Stadionverbot wegen schwerer Körperverletzung hatte, "der sollte nie wieder ein Stadion betreten dürfen", sagte Uwe Koßel, Vorsitzender der GdP Hamburg. Auch müsse man sich fragen, was die Vereine eigentlich für Ordner einstellten und wie es immer wieder zum Abrennen von Feuerwerken kommen könne. Menschen, die bereits durch Gewalt aufgefallen oder sogar wegen Delikten verurteilt worden seien, dürften nicht als Ordner oder Sicherheitspersonal in Stadien fungieren. Hier gelte es striktere Regelungen zu finden, die die Vorlage von guten Führungs- und Leumundszeugnissen zur Pflicht machten.

DFB-Sicherheitsbeauftragter Spahn entgegnete, dass es bereits solche Vorgaben für die Vereine des DFB gebe – zumindest im Profifußball. Selbst UEFA und FIFA würden die deutschen Regelungen übernehmen.

Es gibt "die schwere Kindheit" Gewaltexzesse seien als Massen- und Gruppenphänomen einzustufen, sagte Bettina Zietlow vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). Die Autorin der Studie "Gewalt gegen Polizeibeamte" erklärte, dass Gewalt durch ganz unterschiedliche Akteure getragen würde und sich verselbständigen könne. Die Täter hätten vermutlich äußerst

unterschiedliche Motive, nutzten Fußballspiele oder Demonstrationen als Ventil "und wollten sich so Gehör verschaffen". Um eine zielführende Abschreckungswirkung durch Strafen zu erzielen, gelte es weniger das Strafmaß zu erhöhen, als vielmehr die Strafe möglichst zeitnah folgen zu lassen. Weil die Erfahrungen in der Kindheit großen Einfluss auf den späteren Werdegang hätten, müsse man anfangen Eltern wieder zu befähigen, scheinbar triviale Dinge wie warme Mahlzeiten für ihre Kinder zu leisten, so Zietlow. "Eigentlich fängt das schon bei der Geburt an!" Auch van Vormizeele verwies auf die Bedeutung von Kitas, Schulen und Familie.

"Wer ein Kind in die Welt gesetzt hat, ist dafür verantwortlich, dass es eine Perspektive hat!" Man habe lange gedacht, dass bestimmte Werte es nicht mehr wert seien, vermittelt zu werden – anscheinend auch in der oberen Bildungsschicht. Die Politik gebe dabei auch oft nicht das beste Bild ab: um sich in den Medien Geltung zu verschaffen und Inhalte medienwirksam zu platzieren, greife auch die Politik oft auf rüde Umgangsformen zurück oder inszeniere diese zumindest. Das müsse sich im Sinne einer Vorbildfunktion ändern. Um dem Problem zu begegnen müsse man bei der Betreuung von



Kai Voet van Vormizeele, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, sieht in mehr Geld für Sozialaufgaben kein Allheilmittel gegen Gewalt. 25% des Haushalts Hamburgs gehe bereits jetzt in Sozialausgaben, mehr finanzielle Aufwendungen helfe nicht weiter.



Helmut Spahn, Sicherheitsbeauftragter des DFB, stellte die Konzeption seines Verbandes vor.

Kindern und Ausrüstung in Kitas und Schulen ansetzen, Ganztageschulen einrichten und gleichzeitig die Institution Familie wieder stärken. Mehr Staat sei aber nicht unbedingt immer besser, sagte van Vormizeele. Die Hansestadt Hamburg gebe schon 2,5 Milliarden Euro oder 25 Prozent des jährlichen Haushaltsbudgets für den Sozialbereich aus. "Geld alleine macht es nicht!" Stattdessen müssten Werte sowie Verantwortungsbewusstsein entwickelt werden und in den Medien wirkliche, von der Gesellschaft gewollte Vorbilder besser zur Geltung kommen.



Weitere Einschränkungen notwendig

(BS) "Mein Name ist Gerhard Kirsch, ich bin 46 Jahre alt und seit fast 30 Jahren Polizeibeamter. Ich gehöre zu denjenigen, die auch heute noch stolz darauf sind, Polizeibeamter dieser Stadt zu sein und die Uniform für unsere Bürgerinnen und Bürger tragen zu können. Ich war rund zehn Jahre Dienstgruppenleiter in Hamburg St. Pauli, an der Davidwache, von 1998 bis 2008. Ich war Zeitzeuge, Beichtvater, Sozialarbeiter, Schiedsrichter, Kerkermeister und habe unzählige Schichten absolviert", leitete der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP seinen Vortrag ein.

Kirsch: "Einmal St. Pauli immer St. Pauli". Anschließend nahm er die Teilnehmer auf eine "Reise" nach St. Pauli mit und schilderte seine Erfahrungen. Bei Demonstrationen oder Fußballspielen rechnet man auf Seiten der Polizei mit Gewalttaten, sei also besser vorbereitet, dies gelte allerdings nicht für Streifenbeamte, insbesondere auf St. Pauli. Dort könne jeden Augenblick und anlasslos Gewalt gegen Beamte passieren. St. Pauli habe sich Ende der 80er Jahre von seinem Schmutzimage hin zu mehr Kultur entwickelt. Theater und Operettenhäuser seien hierfür Beispiele. Doch besonders der erhebliche Zustrom zumeist osteuropäischer Bevölkerungsteile, gleichzeitig die Zunahme der Trinker- und Obdachlosenszene habe zu weiteren Problemen geführt. Die Große Freiheit sei zu einer Partymeile verändert worden und der Zustrom Jugendlicher und heranwachsender Menschen nehme stetig zu. So genannte Flatrate-Partys führen zu exzessiven Gewalttaten. Ab 00.00 oder 01.00 Uhr strömen meist Jugendliche und auch Minderjährige bereits nach einer so genannten "Vorglühphase" dort hin. Die gefährlichste Zeit sei zwischen 05.00 und 07.00 Uhr.

Es sei keine Seltenheit, dass bis 11.00 Uhr morgens oder noch länger durchgefeiert werde und das vor allem Jugendliche und Heranwachsende mit Migrationshintergrund durch Respektlosigkeit, Verrohung und Verwahrlosung auffielen. Statt wie früher "Guten Abend" höre man heute zur Begrüßung



Gerhard Kirsch, Stellvertretender Landesvorsitzender GdP Hamburg und jahrelang polizeilicher Einsatzleiter auf der Reeperbahn, schilderte in dramatischer Weise die Gewaltexzesse, die sich an jedem Wochenende auf der Partymeile wiederholen.

"Ey Bulle" oder "Alter" Die Beamten im Streifen dienst würden mit den Worten begrüßt: "Was willst Du?" Nach einer Vorwarnung über Zitate aus der Fäkalien sprache schilderte Kirsch dann die Realität der Provokation: "Fick Dich selbst", "Fick Deine Mutter" und "Hurensohn". Dies komme besonders dann vor, wenn sich Schreier in Mitten einer Gruppe Gleichgesinnter befänden.

"An der Tagesordnung sind zudem massive Beschimpfungen und Beleidigungen wie "Bullenschwein", "Wichser" und "Schwanzlutscher".

Die sprachliche Verwahrlosung kenne keine Grenzen und gehe, so Kirsch, auch mit einer geistigen Verwahrlosung einher. Ihn habe auf seiner Zeit in St. Pauli immer besonders betroffen, als "Nazi" und "Ausländerhasser" beschimpft zu werden. Er vermutet, dass nur rudimentäre geschichtliche Kenntnisse bei den Jugendlichen vorhanden seien und diese nicht wissen würden, wie schlimm solche Beleidigungen gerade für Polizeibeamte seien. Schlimmer jedoch sei die gefühlsmäßige und seelische Kälte, die man auf dem Kiez häufig antreffe.

"Nie werde ich ein Körperverletzungsdelikt vergessen – wir kamen gerade an – als ein Täter gegen den Kopf eines am Boden liegenden Mannes eintrat. Ein Nichtbeteiligter Jugendlicher Zuschauer schrie unter dem Gejohle seiner Begleiter: "Scheiße, Dicker, die Bullen – jetzt kann er den nicht mehr tot

machen!" In keiner Zeitung habe gestanden, dass am vergangenen Wochenende gegen 07.30 Uhr Polizeikräfte von betrunkenen jungen Männern angerempelt und angegriffen worden seien. Es sei beim Einsatz um eine einfache Sachbeschädigung gegangen. Doch besonders der Alkohol sei daran schuld, dass eine sofortige Eskalierung der Situation auf dem Gehweg stattgefunden habe.

"Das Anspucken war für mich das widerlichste und menschenverachtendste, was einem passieren konnte", schildert Kirsch seine Erfahrungen auf der Reeperbahn. Man müsse sich unheimlich beherrschen und selbst in der Gewalt haben. Mitunter sei es auch so, dass Polizeibeamte von aufgebracht Geschädigten angegriffen würden. Auf der anderen Seite empfinde man auch häufig Mitleid mit den Tätern, denn wenn diese bereits in jungen Jahren gewalttätig würden, nach Verhaftung ohne Bühne und ohne ihre Begleiter dann aber wie kleine Kinder weinend zusammenbrächen.

Während 1998 noch mit einer Fußstreife und zwei Streifenwagen die Davidwache ausgestattet gewesen sei, habe sich im Laufe der folgenden fünf Jahre die Situation dramatisch verändert. Selbst mit Unterstützung der benachbarten Reviere sei es nicht mehr gelungen, das Einsatzaufkommen zu bewältigen. Ordnungsaufgaben hätten nicht mehr stattfinden können,

Urinieren in der Öffentlichkeit, Flaschenwürfe auf die Straße hätten nicht mehr verfolgt werden können. Die Polizeiführung habe darauf reagiert und einen Zug der Landesbereitschaftspolizei donnerstags, freitags und an Samstagnächten eingesetzt. Trotz dieser Verstärkung hätten viele Polizeibeamte und – Beamtinnen immer nur mit einem schlechten Gefühl, manchmal sogar mit Angst in der Magengrube – die Einsätze unternommen.

Das Problemerklientel versuche nämlich die eingesetzten Beamten mit der Drohung: "Ich zeige Dich an!" einzuschüchtern. Hier wünschte sich Kirsch ein schärferes Vorgehen gegen diejenigen, die Polizeibeamte mit niederträchtigsten und aus der Luft gegriffenen Behauptungen und damit vorsätzlichen Falschanzeigen überzögen. Dies Problem sei noch nicht gelöst und müsse dringend angegangen werden. Die Situation habe sich im Laufe der Jahre weiter eskaliert und die Polizeiführung habe reagiert und die Anzahl der eingesetzten Beamte verdoppelt. Auch sei 2006 eine Videoüberwachung eingeführt worden, 2008 ein Waffen- und Messerverbot und 2009 ein Glasflaschenverbot.

Damit seien die polizeilichen Maßnahmen allerdings nach dem Dafürhalten von Kirsch ausgeschöpft. Da die meisten Straftaten gegen Polizeibeamte von stark alkoholisierten Jugendlichen begangen würden, führe nach seiner Ansicht nur ein Alkoholverkaufsverbot ab 22 Uhr an Kiosken und Tankstellen zu weniger Gewalt.

Wenn auch diese Maßnahmen nicht fruchten würden, sollte eine Wiedereinführung der Sperrzeit für alle Gastronomiebetriebe ab 05.00 Uhr kein Tabuthema mehr sein. Ruhe auf dem Kiez herrsche nur am Karfreitag wegen der Feiertagschutzverordnung, dann nämlich könnten von 02.00 Uhr bis 02.00 Uhr am darauf folgenden Tag keine Musikdarbietungen mehr abgehalten werden und es dürfe auch kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden. Das ist dann die angenehmste und friedlichste Nacht in St. Pauli.

Es muss immer erst was passieren ...

(BS) Hundert Milliarden Netto-Neuverschuldung oder mehr als ein Viertel des Haushalts müsste künftig eingespart werden – das bedeute ein jährliches Einsparvolumen von 13 bis 14 Mrd. Euro.

"Einer muss diese Zeche zahlen!", sagte Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) beim ersten Polizeitag von GdP und Behörden Spiegel in Hamburg.

Der Öffentliche Dienst werde unter den Sparmaßnahmen leiden und bei der Polizei stünden Stelleneinsparungen an: in Brandenburg z.B. habe man schon von knapp 9.000 auf 7.000 Polizisten reduziert, in Schleswig-Holstein und Sachsen wolle man zehn Prozent des Personals abbauen. Darüber hinaus seien Nullrunden in der Besoldung zu erwarten.

Diese Entwicklung sei kritisch zu sehen, insbesondere im Kontext wachsender Gewalt gegen Polizisten. Das Angriffsziel vieler Auseinandersetzungen bei Demonstrationen oder

Fußballspielen seien heute nicht mehr nur die "gegnerischen" Gruppen, sondern Polizisten als Vertreter des Staates. Es sei versucht worden, Polizisten gezielt zu überfallen, zu töten oder als Geiseln zu nehmen.

Es gehöre nicht nur dazu Polizisten mit immer neuem Schutzmaterial gegen Angriffe auszurüsten, sondern bedürfe einer grundlegenden Wertedebatte. Heute habe beispielsweise der in Paragraph 113 des Strafgesetzbuches (siehe Interview in dieser Ausgabe) festgesetzte Straftatbestand "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" kaum mehr negative Assoziationen. Im Gegenteil: Widerstand empfänden viele als gut.

Sorgen mache er sich um die offensichtliche Staatsferne einiger gesellschaftlicher Gruppen, die nicht an Diskussionen in Politik und Gesellschaft teilnähmen, aber mit Gewalt gegen Staatsbeamte reagierten. Zurückzuführen sei das unter anderem auf ein nachlassendes



Man könne und müsse die Polizei zwar immer besser ausrüsten; wirkungsvoll sei aber eine gesellschaftliche Wertedebatte, erklärte der Bundesvorsitzende der GdP, Konrad Freiberg in Hamburg.

Gemeinschaftsgefühl: "Die Schere zwischen arm und reich, gebildet und nicht-gebildet sowie alt und jung geht auseinander".

Bei den heute über sechs Millionen prekären Arbeitsverhältnissen ließe sich auf eine künftige Altersarmut schließen. Obwohl

allein die täglichen Ausschreitungen gegen Polizisten bekannt seien, gebe es immer erst einen Aufschrei, wenn Polizisten etwas Schlimmes zugestoßen sei. Und auch danach ließen die Medien das Thema oft nach dem ersten Tag wieder fallen.

Öffentliche Sicherheit

3M Deutschland GmbH
Government Markets · Behörden & Bundeswehr

Für den Einsatz bereit?

- 3M bietet Lösungen für Ihre besonderen Anforderungen:**
- Speziell für Sicherheitskräfte entwickelte Gehörschutz- und Kommunikationssysteme
 - Spezialfilme als Sonnen-, Splitter- sowie Kratzschutz für Auto- oder Gebäudescheiben
 - Fahrzeugfolierung und Sicherheitskleidung
 - Leistungsfähige IT-Netzwerke
 - (Mobile) Kontrolle von ICAO-konformen Dokumenten
 - Datenschutzvorkehrungen
 - Produkte für die Pandemievorsorge und vieles mehr...

Öffentliche Sicherheit braucht starke Partner mit zuverlässigen Lösungen für den Bevölkerungsschutz.

www.3M-Behoerden.de

3M Deutschland GmbH · Government Markets
Behörden & Bundeswehr
Carl-Schurz-Straße 1 · D-41453 Neuss
Tel.: +49 (0) 2131/14-24 41 · Fax: +49 (0) 2131/14-12 24 41
E-Mail: Behoerden@mmm.com





Behörden Spiegel

Polizeitage 2010



HIER ANMELDEN
zu unseren weiteren
Polizeitagen
www.polizeitage.de

München, 8. Juni 2010

Gewalt – eine zunehmende Herausforderung für Politik, Polizei und Gesellschaft

Hannover, 15. Juni 2010

Cyber-Crime – Eine Bedrohung für die moderne Informationsgesellschaft

Düsseldorf, 9. Juli 2010

Polizei der Zukunft - Zukunft der Polizei

Berlin, 2. September 2010

Abschlussveranstaltung Polizeitage

Sollten Sie an einer Teilnahme an dieser Veranstaltung interessiert sein, so wenden Sie sich bitte für Ihre persönliche Einladung an Beatrice Ristedt unter beatrice.ristedt@behoerdenspiegel.de

Der persönlichen Einladung entnehmen Sie dann bitte die Teilnahmebedingungen für GdP-Mitglieder, Öffentlichen Dienst und Wirtschaft. Für interessierte Firmen steht Ihnen gerne Helga Woll unter helga.woll@behoerdenspiegel.de für weitere Informationen zur Verfügung.

Eine Kooperation der GdP
und des Behörden Spiegel



Behörden Spiegel



Weitere Informationen unter www.polizeitage.de

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit" und verantwortlich: R. Uwe Proll. Redaktionelle Leitung: Patricia B. Linnertz. Diese Ausgabe Redaktion und Fotos: Julian Einhaus, Patricia B. Linnertz, R.Uwe Proll (Anschrift wie Verlag).
Redaktionsassistentin: Kerstin Marmulla. ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de.
Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll. Vorsitzender Herausgeberbeirat: Brig-Gen a.D. Reimar Scherz.

Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.